

Wahlprüfstein Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>SED-Opfer</p> <p>Welche politischen Entscheidungen auf Bundesebene halten Sie in der nächsten Legislaturperiode für nötig, um die Lage der Opfer der SED-Diktatur zu verbessern? Welche Opfergruppen stehen für Sie dabei im Vordergrund?</p>	<p>Die Opfer der SED-Diktatur und der deutschen Teilung brauchen gesellschaftliche Anerkennung, die sich im öffentlichen Gedenken, in der Entfristung von Rehabilitierungsfristen, der Umkehr der Beweislast bei Haftfolgeschäden, in einer respektvollen sozialen Absicherung sowie einer materiellen Sicherstellung ihrer Verbands- und Lobbyarbeit durch den Bund widerspiegeln muss. Das ist uns in weiten Teilen bereits gelungen. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir hieran anknüpfen und dies fortführen. Zudem wollen wir dafür werben, im Zentrum Berlins einen zentralen Gedenkort für die Opfer kommunistischer Gewalt zu errichten.</p> <p>Seit diesem Sommer gibt es mit Evelyn Zupke eine SED-Opferbeauftragte. Sie ist Ansprechpartnerin für die Opfer und wird durch die verstärkte Zusammenarbeit mit uns Vorschläge für die Verbesserung der Situation der Opfer machen können.</p>
<p>SED/SBZ-Opfer</p> <p>Unterstützen Sie die Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums für gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht, um verfolgungsbedingte Schädigungen aus der SED-Diktatur in versorgungsrechtlichen Verfahren präziser erfassen und angemessener berücksichtigen zu können?</p>	<p>Bereits in dieser Legislaturperiode haben wir die Bundesregierung in einem Bundestagsbeschluss (Drs.: 19/10613) aufgefordert, „die Regelungen für die Anerkennung traumatischer Belastungen der politischen Opfer der DDR zu vereinfachen und dies mit einem Kompetenzzentrum zur Begutachtung und Behandlung von Langzeitfolgen bei SED-Opfern zu flankieren.“ Hinter dieser Forderung stehen wir weiterhin. Auch begrüßen wir die Bundes-Förderung des Forschungsverbundes der Universitäten</p>

	<p>Magdeburg, Jena, Leipzig und Rostock zu gesundheitlichen Langzeitfolgen von SED-Unrecht. Unsere Gesellschaft schuldet es insbesondere den Menschen, die immer noch an den Folgen von SED-Unrecht leiden, hier sämtliche Aspekte aufzuarbeiten. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können dann in effektive Verbesserungen versorgungsrechtlicher Verfahren und Novellierungen bestehender Gesetzestexte einfließen.</p>
SED/SBZ-Opfer	
<p>Sind Sie dafür, dass jeder aus dem Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelte für den durch die Vertreibung zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden eine angemessene, einmalige finanzielle Zuwendung bekommt?</p>	<p>Vertreibungen sind eine der vielen schlimmen Erscheinungsweisen des SED-Unrechts, die für die betroffenen Menschen unvorstellbare Schicksalsschläge und seelische Schäden bedeuteten und bedeuten. Finanzielle Zuwendungen können dies nicht aufwiegen, aber zumindest die Folgen abmildern. Hierfür erscheinen uns die durch das sogenannte Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) vorgesehenen Regelungen weiterhin als gute und angemessene Grundlage.</p>
SED/SBZ-Opfer	
<p>Verschiedene Studien, haben zweifelsfrei ergeben, dass in der DDR politisch Gefangene Zwangsarbeit haben leisten müssen. Werden Sie die Initiative ergreifen, damit Politik und Wirtschaft die Zwangsarbeit sich in angemessener Weise an einer Wiedergutmachung beteiligt?</p>	<p>Das Unrecht, das politische Gefangene der DDR durch Zwangsarbeit erfahren haben, muss vollumfänglich aufgearbeitet, anerkannt und soweit möglich wiedergutmacht werden. Hierfür werden wir uns weiterhin einsetzen, indem wir mit allen Beteiligten zielbringende Lösungen erörtern und ggf. die notwendigen Rechtsrahmen schaffen. Die Schaffung eines Fonds für Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungsleistungen zugunsten der ehemaligen Häftlingszwangsarbeiter, wie sie in der Cottbusser Erklärung zur DDR-Zwangsarbeit vom 13.09.2020 gefordert wird, sollte hierbei ebenfalls erörtert werden.</p>
SED/SBZ-Opfer	

Was werden Sie unternehmen, um die durch das Rentenüberleitungsgesetz entstandenen Benachteiligungen für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR in die Bundesrepublik zu beseitigen?

Das Engagement, mit dem sich die DDR-Übersiedlerinnen und -Übersiedler für eine Wiederanwendung des Fremdrentenrechts einsetzen, ist beeindruckend und ihre Enttäuschung darüber, dass dem bisher nicht entsprochen wurde, voll und ganz nachzuvollziehen. Die Forderungen der Betroffenen sind in den vergangenen Jahren aber wiederholt gründlich geprüft worden. Im Ergebnis konnte ihnen jedoch nicht entsprochen werden. Die Rechtmäßigkeit der für DDR-Beitragszeiten von DDR-Übersiedlerinnen und -Übersiedlern geltenden gesetzlichen Regelungen haben auch sämtliche Sozialgerichte bestätigt.

Die SPD begrüßt, dass für Härtefälle im Rentenüberleitungsprozess für viele Menschen in Ostdeutschland ein Ausgleich durch eine Fondslösung geschaffen wird. Grundsätzlich hätten aus Sicht der SPD aber alle, denen Unrecht in der Rentenüberleitung geschehen ist, eine Entschädigung verdient - unabhängig davon wie viel Rente sie heute bekommen. Leider gab es für diese Idee eines Gerechtigkeitsfonds keine politische Mehrheit. CDU/CSU und einige Bundesländer waren nicht zu einer größeren Lösung bereit. Für den Härtefallfonds hat unser Kanzlerkandidat und Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Haushaltsentwurf für 2022 einen Betrag von bis zu 1 Mrd. € bereitgestellt. Voraussetzung für die Errichtung des Fonds ist jetzt eine Verständigung zwischen Bund und Ländern.

Die SPD wird sich in etwaigen Koalitionsverhandlungen für eine starke gesetzliche Rente mit einem dauerhaften Rentenniveau von mindestens 48 % einsetzen, von dem auch die DDR-

	Übersiedlerinnen und -Übersiedler profitieren.
SED/SBZ-Opfer	
Wie werden Sie sich dafür engagieren, dass in der nächsten Legislaturperiode der Beschluss des Deutschen Bundestages zur Errichtung eines nationalen Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft vom 13. Dezember 2019 auch zeitnah umgesetzt wird?	<p>Die Bundesrepublik Deutschland wird zeitnah ein Denkmal für die Opfer von kommunistischer Gewaltherrschaft errichten. Dazu hat der Deutsche Bundestag am 13. Dezember 2019 den Antrag „Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft errichten“ (BT-Drs. 19/15778) beschlossen.</p> <p>Darin heißt es, dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag regelmäßig einen Sachstandsbericht vorlegt. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Deutsche Bundestag diese Berichte auch einfordert. Zudem wurde in den Beratungen des Bundeshaushalts 2020 beschlossen, bis zu 250.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie zu Standortfragen und der Ausgestaltung eines Mahnmals bereitzustellen.</p> <p>Der SPD ist es ebenso wichtig, dass dieses Mahnmal umgehend errichtet wird. Deshalb werden wir hier auch regelmäßig aktiv bei BKM nachfragen und uns in der kommenden Legislaturperiode für einen Gruppenantrag des Deutschen Bundestags zum Beschluss des Standortes des Mahnmals einsetzen.</p>
SED/SBZ-Opfer	
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Institutionen der DDR-Aufarbeitung und Opfervertretungen von nationaler Bedeutung finanziell langfristig und stabil gefördert werden?	<p>Auch die Geschichte und Nachgeschichte der DDR prägen die innere Verfasstheit der gesamten Bundesrepublik. Ein adäquater Umgang mit diesen Prägungen ist für die Stabilität unserer demokratischen Ordnung von fundamentaler Bedeutung. Die Aufarbeitung der vielfältigen, bis heute nachwirkenden Wertvorstellungen, die in der DDR-Gesellschaft verhandelt, unterdrückt oder forciert wurden, bleibt daher eine zentrale erinnerungskulturelle</p>

	<p>Aufgabe. Wir werden die Bundesstiftung Aufarbeitung stärken, damit auch kleinere Vereine und Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur landesweit mehr Unterstützung erhalten. Das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit wird ebenfalls seinen Beitrag zur Aufarbeitung leisten. Die UOKG wird aus dem Bundeshaushalt gefördert, daran wird sich nichts ändern.</p> <p>Wir wollen darüber hinaus die Projektförderung „Diktaturerfahrung und Transformation“ fortführen. Und wir unterstützen die gemeinsam mit anderen europäischen Staaten am European Green Belt/Iron Curtain voranzutreibende Anmeldung des „Grüne Bandes“, der ehemaligen innerdeutschen Grenze, für das EU-Siegel „Europäisches Kulturerbe“ ebenso wie die sich daran anschließende Initiative des Deutschen Kulturrats und des BUND, das „Grüne Band“ zum UNESCO-Weltkultur- und naturerbe erklären zu lassen.</p>
<p>SED/SBZ-Opfer</p> <p>Werden Sie sich für Investitionen einsetzen, dass die in das Bundesarchiv übernommenen Stasiakten in ausreichendem Maße erhalten, gesichert und rekonstruiert werden und der Zugang nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) weiter gewährleistet wird.</p>	<p>Das Ziel der Überführung der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv war und ist, diese Akten dauerhaft zu sichern und zu erhalten. Der Zugang zu den Akten bleibt weiterhin gewährleistet, das wurde in dem Gesetzespaket festgehalten. Die spezialgesetzlichen Regelungen für diese Akten bleiben darüber hinaus bestehen. Der besonderen Sensibilität der Stasi-Unterlagen wird unter Berücksichtigung ihrer Entstehungsgeschichte als Aktenbestände der Geheimpolizei einer Diktatur, die ihre Bürgerinnen und Bürger in einer Vielzahl von Fällen mit rechtsstaatswidrigen Methoden überwachte, hierdurch weiterhin Rechnung getragen.</p>

	<p>Für die notwendigen Investitionen dieser gesamtgesellschaftlichen und nationalen Aufgabe wird der Bund die finanziellen Mittel bereitstellen.</p>
--	--